

Seit unserer letzten Ausgabe sind 8 Genossen verhaftet worden. Jan-Carl Raspe, Holger Meins, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Brigitte Mohnhaupt, Bernhard Braun und Siegfried Hausner. Jan-Carl Raspe wurde nach seiner Festnahme im Polizeipraesidium Frankfurt zusammengeschlagen. Holger Meins wurde im Polizeipraesidium Frankfurt in einen Raum gefuehrt, in dem 6 bis 8 Beamte waren, man warf ihm einen Revolver zu mit den Worten: "Schiss doch du Schwein". Als er nicht reagierte, stuerzten sich die Beamten auf ihn und misshandelten ihn schwer. Gudrun Ensslin wurde bueschelweise die Haare ausgerissen, als sie sich nicht fotografieren lassen wollte. Ulrike Meinhof wurde auf allen Vieren zum Roentgentisch gezerrt. Von Bernhard Braun wissen wir ebenfalls, dass er nach seiner Festnahme, als er schon gefesselt war, im Polizeiauto zusammengeschlagen wurde.

Waehrend der Fahndung in Berlin wurde auf vier Insassen eines Autos geschossen, als sie eine Polizeikontrolle missachteten, zwei wurden verletzt, einer starb.

Bei einer Hausdurchsuchung in Stuttgart wurde ein schottischer Geschaeftsmann von hinten erschossen.

Auf das Buero des Anwaltskollektivs Hamburg wurde ein Brandanschlag veruebt. Die Anwaelte Croissant und Lang werden oeffentlich verdaechtigt, Wohnungen fuer die RAF besorgt zu haben. Der Anwalt Otto Schily wurde von der Verteidigung Gudrun Ensslins ausgeschlossen, weil er einen Kassiber Gudrun Ensslins aus der Haftanstalt geschmuggelt haben soll. Otto Schily hat diesen Vorwurf als "ungeheuerlich" zurueckgewiesen, und Gudrun Ensslin hat ihn als eine Luege bezeichnet. Sie ist seither im Hungerstreik. Werner Hoppe hat sich aus Solidaritaet diesem Hungerstreik angeschlossen.

Dorothea Ridder, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Ingrid Schubert, Irene Goergens, Brigitte Mohnhaupt und Ralf Pohle befinden sich ebenfalls in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie erklaren:

Wir sind heute in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Wir protestieren gegen die gezielten Versuche des buergerlichen Staates, seiner Justiz und der Presse politisch unbequeme Rechtsanwaelte von der Verteidigung auszuschalten. Wir fordern die sofortige Wiedereinsetzung von Rechtsanwalt Schily in seine Rechte als Verteidiger von Gudrun Ensslin. Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Rechtsanwaelte Croissant und Lang und Schily.

Der systematische Angriff der Bundesanwaltschaft auf die Rechtsanwaelte ist keine Einzelmassnahme, ist Bestandteil der verschaeften staatlichen Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen, ist Bestandteil der Strategie des Kapitals, jeglichen Widerstand gegen die Ausbeutergesellschaft bereits im Keim zu ersticken.



GEGEN DIE OBJEKTIVEN

1. Wenn die Bekaempfer des Unrechts Ihre verwundeten Gesichter zeigen Ist die Ungeduld derer, die in Sicherheit waren Gross.
2. Warum beschwert ihr euch, fragen sie Ihr habt das Unrecht bekaempft! Jetzt Hat es euch besiegt: schweigt also!
3. Wer kaempft, sagen sie, muss verlieren koennen Wer Streit sucht, begibt sich in Gefahr Wer mit Gewalt vorgeht Darf die Gewalt nicht beschuldigen
4. Ach, Freunde, die ihr gesichert seid Warum so feindlich? Sind wir Eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind? Wenn die Kaempfer gegen das Unrecht besiegt sind Hat das Unrecht doch nicht recht!!
5. Unsere Niederlagen naemlich Beweisen nichts, als dass wir zu Wenige sind Die gegen die Gemeinheit kaempfen Und von den Zuschauern erwarten wir Dass sie wenigstens beschaemt sind!

Vorwürfe gegen Anwälte

Hb. 20. 10/11 6.72

...zung von Salto 1 würde er erkennen, wenn er einen Hatzschon der Polizei ausliefern würde.
...dung mit einer Reinhard, ed chen Anwaltskollektiv hat auch zwischen bestärkt

Generalbundesanwalt bestätigt Vorwürfe gegen Terroristen-Anwälte

Karlsruhe, 11. Juni Generalbundesanwalt Martin hat den schweren Verdacht gegen Rechtsanwälte der Baader-Meinhof-Bande bestätigt, über den BILD am SONNTAG berichtet hatte. In einer Erklärung im Bundesgerichtshof in Karlsruhe kritisierte Martin die Tätigkeit verschiedener „Anwaltskollektive“.

BILD am SONNTAG hatte aus der Niederschrift einer Konferenz der Innenminister der Bundesländer wörtlich unter anderem zitiert: „Diese Anwälte präparieren Zeugen, die bei einem Geschehen gar nicht zugegen waren... verwalten Bän-

...vollmachten aller Bändenmitglieder, um diesen jetzt juristischen Delikt leisten zu können... übernehmen den Transport von Sprengkörpern...“

Die Hamburger Rechtsanwälte Groenewold, Dezenhardt und Reinhard, die in einem „Anwaltskollektiv“ arbeiten, erstateten aufgrund des Artikels Strafanzeige wegen Verleumdung.

Generalbundesanwalt Martin nannte jedoch dieses Hamburger „Anwaltskollektiv“ als ein Beispiel für „Verbindungen, wie sie nicht durch anwaltsschuldige Berufspflicht abgedeckt sind“.

War das aber ein Zufall!

Anwalts-Adresse im Ensslin-Ausweis

dd Hamburg, 7. Juni Im „gefälschten Personalausweis der Terroristen-Chefin Gudrun Ensslin (31) fanden die Hamburger Staatschutz-Bomben eine bemerkenswerte Adresse: In diesem Ausweis nannte sich die Ensslin „Margarethe Reins“, wohnhaft Hamburg 13, Hochallee 21.

Ob Groenewold wußte, daß die Ensslin zufällig im falschen Ausweis eine Adresse der von ihm mitgetragenen „Erbengemeinschaft“ führte, wird sich nach Ansicht der Kripo kaum ermitteln lassen.

So ein Zufall! Denn das Haus gehört der Erbengemeinschaft Groenewold, zu der auch der Hamburger Anwalt Kurt Groenewold (34) gehört, der Gudrun Ensslin verteidigen will.

Hamburger Kriminalisten versuchen, diesem Zufall auf die Spur zu kommen, nachdem eine Kasse auf die Kommune im Rechtsanwaltsbüro Hochallee 21 keine Ergebnis gebracht hatte.

Die Recherchen der Polizei ergaben bisher: Friedrich Groenewold, Vater des Links-Rechtsanwalts Kurt Groenewold, war von Beruf Politiker. Er kaupte in Hamburg

burg und Schleswig-Holstein Grundstücke, die jetzt von der Erbengemeinschaft bewirtschaftet werden.

Dazu gehört das Haus Hochallee 21, in dem zwei Brüder des Rechtsanwalts wohnen, und der Frau-Groenewold an der Oststrasse 16, in dem Groenewold und sein Anwaltskollektiv ihr Büro haben.

Ob Groenewold wußte, daß die Ensslin zufällig im falschen Ausweis eine Adresse der von ihm mitgetragenen „Erbengemeinschaft“ führte, wird sich nach Ansicht der Kripo kaum ermitteln lassen.

Hamburger Kriminalisten versuchen, diesem Zufall auf die Spur zu kommen, nachdem eine Kasse auf die Kommune im Rechtsanwaltsbüro Hochallee 21 keine Ergebnis gebracht hatte.

Die Recherchen der Polizei ergaben bisher: Friedrich Groenewold, Vater des Links-Rechtsanwalts Kurt Groenewold, war von Beruf Politiker. Er kaupte in Hamburg

Erklärung

Klaus Eschen
Horst Mehlner
H.-Ch. Ströbele
RECHTSANWÄLTE
1 Berlin 15, Meierholdtstraße 1
Tel. 88 00 04, PS Bin West 1426 22

Betr.: Äußerung des Generalbundesanwalts Martin vom 9. Juni 1972 über angebliche „Pflichtwidrigkeiten“ von Anwaltskollektiven

Die vorerwähnte Erklärung des Generalbundesanwalts Martin, wie sie in dem größten Teil der Presse vom 10. Juni 1972 veröffentlicht wird, läßt nur drei Möglichkeiten der Interpretation zu:

- dem Generalbundesanwalt fehlen die einschlägigen Rechtskenntnisse über Rechte und Pflichten von Strafverteidigern,
- er versucht, durch Andeutungen über scheinbare Pflichtwidrigkeiten Rechtsanwälte, die ihm mißliebige sind, verleumderisch zu diffamieren
- oder er macht sich seinerseits einer - möglicherweise strafbaren - Dienstpflichtverletzung schuldig, da bisher nicht bekannt ist, daß er gegen eines der Anwaltskollektive aus der vor ihm bezeichneten Gründen straf- oder standesrechtliche Ermittlungen eingeleitet hat.

Es ist, wie auch der Hamburger Kollege Reinhard bereits erklärt hat, übliche und rechtmäßige Praxis, daß Strafverteidiger einer Beschuldigten bereits vor seiner Festnahme beraten und sich bevollmächtigen lassen.

Als Generalbundesanwalt hätte Herr Martin die Pflicht, ihm bekanntwerdenden Pflichtverletzungen nachzugehen, Ermittlungsverfahren einzuleiten und die Betroffenen hierzu zu vernehmen. Von alledem ist bisher nichts geschehen. Die angeblich „pflichtverbesseren“ Anwaltskollektive sind nach wie vor als Verteidiger auch von R.A.F.-Verdächtigen tätig.

Die Äußerung des Generalbundesanwaltes muß daher als eine-mangels konkreter Tatsachen-diffuse Stimmungsmache gegen ihm unbequeme Anwälte angesehen werden; sie ist ein untauglicher Versuch, die Anwälte einzuschüchtern und zu behindern und den Mandanten ihre gesetzlichen Rechte zu nehmen.

STELLUNGNAHMEN DER ANWALTSKOLLEKTIVE:

PRESSERKLÄRUNG

Strafanzeige gegen Generalbundesanwalt Ludwig Martin

Was sich Generalbundesanwalt MARTIN mit seiner Presseerklärung über die Tätigkeiten von Anwaltskollektiven und ihre „organisatorischen Zusammenhänge“ mit der RAF geleistet hat, ist eine böswillige Verleumdung und nichts anderes als eine bereitwillige Erfüllung der Verfolgungsforderungen der SPRINGER-PRESSE. Seine Denunziation ist zugleich eine Vorwärtsverteidigung gegen unsere Strafanzeige gegen SPRINGER, BOENISCH und Besamé des BKA (Bundeskriminalamt) wegen der Verleumdung, Verteidiger von RAF-Mitgliedern transportieren Sprengstoff und präparieren Zeugen. Bereits in unserer Strafanzeige vom 24.5.72 haben wir vorausgesagt:

In der jetzigen Situation bedeutet die Verbreitung solcher Lügen und Behauptungen die Freigabe von Rechtsanwälten zur öffentlichen Verurteilung. Das ist schlicht Hetze, die zum Ziel hat, die Bereitschaft von Strafverfolgungsbehörden zu provozieren, unter Mißachtung gesetzlicher Vorschriften oder unter Benützung von fadenscheinigen Vorwänden Rechtsanwälte zu kriminalisieren und von der Verteidigung politisch verfolgter Personen auszuschalten.

Generalbundesanwalt MARTIN hat mit seiner Presseerklärung die Erwartungen erfüllt, die die SPRINGER-PRESSE an die Justiz stellt. Da der Posten des Generalbundesanwaltes nur von einem Volljuristen besetzt sein darf, weiß MARTIN genau, daß sich Strafverteidiger weder durch die Beratung noch durch die Annahme von Vollmachten von Personen, gegen die ein Haftbefehl besteht, strafbar machen. Im Gegenteil: Das gehört zu ihren Berufspflichten. Wie RA Reinhard bereits gegenüber dpa erklärt hat, lassen MARTINS Behauptungen nur die Interpretation zu, daß er ein gestörtes Verhältnis zu den im Strafverfahren und im Grundgesetz enthaltenen Rechtsgarantien für Beschuldigte hat.

Tatsächlich ist GBA MARTIN nicht der einzige, der sich zum Volltrecker der Verfolgungsstrategie der SPRINGER-PRESSE macht. Bereits vor zehn Tagen hat die Hamburger Polizei das Haus, in dem Frau und Kinder von RA Groenewold wohnen, umstellt und unter Bedrohung mit Maschinengewehren von jedem, der das Haus verließ, Personal- und Kfz.-papiere kontrolliert. Ebenso hat die BILD-Zeitung die Anschrift Hochallee 21, die sich aus den Papieren von Gudrun ENSSLIN ergeben soll, verleumderisch als „Anwalts-Adresse“ bezeichnet, obwohl sie weiß, daß sich das Anwaltsbüro seit 1965 in der Osterstr. 120 befindet und Groenewold nur Miteigentümer des Hauses Hochallee 21 ist, ohne dort zu wohnen oder je dort gewohnt zu haben. Die jetzigen Verfolgungen gegen Rechtsanwälte unterscheiden sich nicht von den Verfolgungsmaßnahmen gegen Rechtsanwälte in der Nazizeit. Wer damals politisch verfolgte, Kommunisten oder Sozialdemokraten verteidigte, wurde selbst als Staatsfeind verfolgt.

Gegen Generalbundesanwalt Martin haben wir Strafanzeige erstattet.

KURT GROENEWOLD
DR. FRANZ JOSEF DEGENHARDT
WOLF DIETER REINHARD
RECHTSANWÄLTE

2 HAMBURG 10, 12. Juni 1972, ndr
Osterstraße 120
Telefon: 49 29 15 + 49 24 55
Gerichtskassen 162
BIG Hamburg Kto. 116319 4-20
PS-Kto Hamburg 216 25

PRESSERKLÄRUNG

Als Verteidiger der Bewohner der von der Polizei nach der Festnahme von Gudrun ENSSLIN durchsuchten Wohnung in Hamburg 13, Hochallee 21, geben wir folgende von der Polizei bisher verschwiegenen Einzelheiten bekannt:

Der Verdacht, es könne sich um die Wohnung von Gudrun ENSSLIN handeln, beruhte angeblich auf einem bei ihr gefundenen Zettel oder Ausweis oder Führerschein auf den Namen Margarethe REINS sowie mit dem Geburtsdatum von Gudrun ENSSLIN und der Adresse Hochallee 21. In Wahrheit konnte ein solcher Verdacht nicht entstehen:

1. Die bei früheren Festnahmen von angeblichen RAF-Mitgliedern vorgefundenen Ausweispapiere waren entweder mit anderen Bildern versehene Originalausweise oder Doubles oder Totalfälschungen. Noch in keinem Fall hat jemand tatsächlich an der in den Papieren angegebenen Anschrift gewohnt.
2. Lediglich bei Verwendung von Originalausweisen könnte überhaupt eine Verbindung zu dem in dem Ausweis Genannten hergestellt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen der Ermittlungsbehörden war selbst das aber unwahrscheinlich. Denn diese Ausweise sollen stets gestohlen gewesen sein. Unsere eigenen Ermittlungen haben darüber hinaus ergeben, daß die angeblich bei Gudrun ENSSLIN nefundenen Papiere keine Originalpapiere sein können; denn eine Margarethe REINS gibt es in der Hochallee 21 nicht. Das wußte auch die Polizei mit ihrem direkten Zugang zur Einwohner-Meldekarte.
3. Selbst wenn aber trotzdem ein Verdacht gegen Bewohner des Hauses konstruiert worden wäre, gab es keinen kriminalistischen Anhaltspunkt dafür, in dem 5-schossigen Haus den Verdacht auf eine einzige Wohnung zu konzentrieren. Auch die immer wieder verbreitete Theorie, Wohngemeinschaften seien von vornherein verdächtig, taugt nicht als Vorwand für die Polizei: Es gibt in dem Haus eine weitere Wohngemeinschaft. Deren Wohnung wurde nicht durchsucht.

Somit fehlen jegliche tatsächlichen Anhaltspunkte oder ein auf kriminalistischer Erfahrung beruhender Verdacht, die als Voraussetzung für eine Durchsuchung erforderlich gewesen wären (§ 102 StPO). In Wahrheit diente die Verhaftung von Gudrun ENSSLIN der politischen Polizei nur als billiger Vorwand, um sich „wegen Gefahr im Verzuge“ ohne richterlichen Beschluß und ohne staatsanwaltliche Anordnung Zutritt zu einer Wohnung zu verschaffen, von der sie wußte, daß sie ein Zentrum des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) ist. Das scheinheilige Vorgehen der neheimen „Staatschutzpolizei“ wird auch dadurch demaskiert, daß sämtliche Anwesenden in der KB-Wohnung wegen Verdachts des Mordes (!) und der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ unterschiedslos festgenommen wurden. Die Polizei aber gleichzeitig des Verteidigers schon erklärte, sie wieder freilassen zu wollen, wenn ihre Identität festgestellt worden sei. In den 4 bis 6 Stunden Zeit, die sie sich dafür ließ, durchwühlte sie sämtliche Papiere in der Wohnung, fotografierte alles und erklärte nicht bestätigt habe, was sie von Anfang an wußte: daß sich der Verdacht nicht bestätigt habe. Das eigentliche Ziel aber war erreicht: Durch den Überraschungscoup ein Einblick in organisatorische Zusammenhänge sozialistischer Gruppen zu erhalten, um damit den Feldzug gegen alles, was links ist, fortzuführen. Auf der Höhe der RAF-Verfolgungshysterie wurden alle rechtsstaatlichen Kontrollen mißachtet:

- + Den RAen Groenewold und Reinhard wurde unter Androhung körperlicher Gewalt zunächst verboten, bei der Durchsuchung anwesend zu sein, obwohl sie von mehreren Bewohnern - z.T. im Beisein der Polizei - ausdrücklich bevollmächtigt worden waren. Erst durch ihre Ankündigung, denen einen Rausschmiß körperlicher Widerstand zu leisten, konnten sie sich durchsetzen.
- + Im Polizeipräsidium wurde RA Reinhard „aus Sicherheitsgründen“ nicht gestattet, mit den Festgenommenen zu sprechen, obwohl diese zum größten Teil nach ihren Verteidigern verlangt hatten.
- + Bereits vorher hatte der Einsatzleiter Müller (K 4) RA Groenewold glatt angelogen, als dieser unter Berufung auf die dem Anwaltskollektiv von Gudrun ENSSLIN erteilte Vollmacht sie gegen 16.30 Uhr zu sprechen verlangte. Müller: „Frau ENSSLIN ist nicht mehr in Hamburg.“ Tatsächlich wurde sie erst um 17.45 Uhr ausgeflogen.

bei der Verfolgung der RAF scheinen im allseitigen Einverständnis sämtliche im Grundgesetz und in der Strafprozeßordnung verankerten Rechtsgarantien für Beschuldigte aufgehoben zu sein.

Aussageerpressung in Italien

In der bundesrepublikanischen Presse konnte man dieser Tage über das "tragische Schicksal" eines jungen Italiens lesen, der unschuldig sechseinhalb Jahre im Gefängnis gesessen hat, man konnte dort auch noch lesen, daß es um Totschlag an einem Polizisten ging und die Zeugenaussage, die zur Verurteilung führte, von der Polizei erpreßt worden sein sollte. Die politischen Hintergründe gingen - wie gewöhnlich in solchen Fällen - in der bürgerlichen Presse weitgehend verloren. Wir geben hierzu in auszugswürdiger Weise einen Artikel aus der Tageszeitung der führenden Gruppen der italienischen revolutionären linken "lotta continua" wieder.

14. Juli 1948: der Rundfunk verbreitet die Nachricht vom Attentat auf den kommunistenführer Togliatti. Die Plätze ganz Italiens füllen sich mit kampfbereiten Proletariern. In Livorno verlassen die Arbeiter die Schiffswerft; bei Zusammenstößen wird der Polizist Gorgio Lanzi durch messerische Getötet. Sehr viele Genossen geraten ins Gefängnis. Einer von ihnen, Ugo Lazzari, siebzehn Jahre alt, Werftarbeiter, wird angeklagt, den Polizisten getötet zu haben. Im Winter 1949 wird Ugo Lazzari schuldig gesprochen und vom Schwurgericht in Lucca zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt (weil er noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet und - weiter mildernd - weil er "unter der Suggestion der in tumult geratene Masse" gehandelt habe). Ugo Lazzari hat diese sechs Jahre und sechs Monate im Gefängnis abgesessen. Als die Zeit um war, hat er sich geduldig daran gemacht, das Komplott der Justiz, die ihn eingelockt hatte, zu rekonstruieren. Er ist um die halbe Welt gereist und hat die Hauptbelastungszeugnis wiedergefunden, die ihn mit ihrer Aussage verurteilt hatte. Er ist mit ihrem vor einem notar bestätigten Bekenntnis zurückgekehrt und präsentiert es jetzt dem Kassationshof zur Wiederaufnahme des Prozesses.

"Im Jahre 1948", beginnt die Erklärung von Gilonmina Julia Longo, eine in Chicago wohnende Argentinierin, "befand ich mich in Italien und wohnte in Livorno. Im Anschluß an das Attentat auf den Abgeordneten Togliatti kam es in Livorno zu sehr schweren Zwischenfällen, darunter die Tötung eines Beamten der pubblica sicurezza, Giorgio Lanzi. Es wurden verschiedene Personen verhaftet, in der Mehrzahl Angehörige der Linksparteien oder Ex-Partisanen. DIESE EINZELHEITEN WURDEN MIR VON DR. A. ARCURI ERZÄHLT.

In jener Zeit befand ich mich in einer wirklich schwierigen Situation, sei es aufgrund meines jugendlichen Alters, sei es, weil ich so weit von meinem Vater weg war, der sich in Argentinien befand, der Doktor und andere Beamte des Polizeipräsidiums zwangen mich in Betracht der vorgefallenen Ereignisse und der Tatsache, daß ich Ausländerin war, zu erklären, daß ich bei der Ermordung des Polizisten Gorgio Lanzi gegenwärtig war, und vorzubringen, am Tatort einen jungen Mann gesehen zu haben, den ich jedoch zuvor nie gesehen hatte und von dem ich erst, nachdem ich das Protokoll unterzeichnet hatte, erfuhr, daß er sich Ugo Lazzari nannte.

Vor der Gegenüberstellung mit Lazzari zeigte man mir denselben, als er im Garten der Quästur seinen Rundgang machte, und man sagte mir, daß ich ihn beschuldigen sollte. Unter der Drohung, mich nicht nach Argentinien zurückkehren zu lassen, wurde ich gezwungen, die Beschuldigung vor dem Untersuchungsrichter zu bekräftigen...

Ich war bei der Tötung des Polizisten nicht gegenwärtig, und erst aufgrund ihrer Anstiftung und Erpressung wurde ich gezwungen, einen unschuldigen zu beschuldigen, und aus diesem Grund habe ich während all dieser Jahre mit großen Gewissensbissen gelebt."

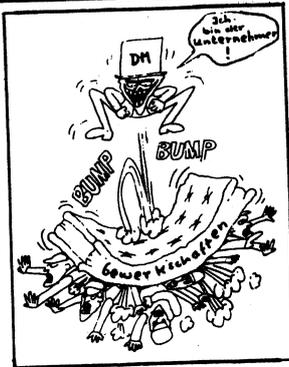
Dieses Bekenntnis trägt das Datum des 17. April 1972. Sechseinhalb Jahre Gefängnis und siebzehn Jahre Geduld sind für einen kommunistischen Arbeiter erforderlich gewesen, um zu zeigen, daß er ein Opfer der zügelnden Repression des bürgerlichen Staates gewesen ist.

Pietro Valpreda hingegen (der Hauptangeklagte im Prozeß um das Blutbad von Mailand 1969) wird nie von dem Taxifahrer Rolandi, das geschriebene Bekenntnis erhalten, wessen Zeugenaussage vorbereitet und gekauft worden ist, aus dem einfachen Grunde, weil der Zeuge unzuverlässig unter mysteriösen Umständen gestorben ist. Dr. Arcuri - der Calabrese von 1948 - hat gedacht, er käme mit der Verfrachtung der Zeugin in ein fernes Land aus, und es wäre gut gegangen, wenn nicht die Hartnäckigkeit seines Opfers gewesen wäre, eine Hartnäckigkeit, die uns einen beispielhaften Beweis vor Augen führt, was für einen Charakter der bürgerlichen Staat hat und welcher Mittel er sich bedient, wenn es darum geht, seine Feinde zu treffen. Das Fräulein Julia Longo oder der Taxifahrer Rolandi, das sind die erbärmlichen Figuren, die der Polizei dienen, den Sündenbock zu finden und zu treffen, der an Stelle der proletarischen Massen beispielhaft bestraft wird. Im Jahre 1948 flüchteten die Massen angst ein, man mußte sie ent Waffen und besiegen. Die Bestrafung Ugo Lazzari's war ein Teil dieses Planes.

Es versteht sich, daß Dr. Aldo Arcuri, der Urheber jener Provokation vor 23 Jahren, seine Karriere im Dienst des demokratischen Staats gemacht hat, indem er sich stets auszeichnete. Vom Vorkämpfer der Repression des Innenministers Scelba ist er in Palermo ein starkes Glied der Kette geworden, die Polizeipräsidium, Mafia und politische Macht verbindet, bis er schließlich heute in Neapel als Statthalter des Polizeipräsidenten Zamparelli gelandet ist, einem der Exponenten der antiproletarischen Repression in Italien.



Postkontrolle im Sozialistischen Zentrum:
In einem Briefumschlag der Versicherung "Erste Allgemeine" an den RC lag ein Brief eines Knastgenossen, im Briefumschlag des Knastgenossen das Schreiben der Versicherung!



Am Freitag um 20 Uhr:

23. 5. 72

Pastorenhaus an der Kreuzkirche besetzt

Kommune III und Vertreter der Kirche erzielten vorübergehende Einigung

Am Freitagabend wurde sie bei der Einweihung des Bäckereisenders angekündigt und kurze Zeit später vollzogen: Wolfsburgs zweite - wenn man das AWO-Debakel vom Frühjahr 1970 mit einbezieht - Hausbesetzung. Das Objekt: Ein seit etwa zwei Jahren leerstehendes Pastorenhaus neben der Kreuzkirche. Die Ausführenden: Vier Mitglieder der ehemaligen Bongartz-Gruppe, genannt Kommune III, und rund zehn Sympathisanten. Der Grund: Seitdem wir aus dem Knast raus sind, haben wir auf alle erdenkliche Art versucht, Wohnraum zu bekommen, uns einen Arbeitsplatz zu suchen! In dem Flugblatt heißt es dazu: „Es war nicht möglich, Arbeit zu finden, da die Wolfsburger Arbeitgeber keine Mitglieder der sogenannten „Bongartz-Gruppe“ einstellen.“

In dem Flugblatt heißt es weiter: „Nachdem wir festgestellt, daß es unmöglich ist, mittels persönlicher Initiative eine Existenzgrundlage zu schaffen, d. h. das in Anspruch zu nehmen, was die Gesellschaft unter „Resozialisierung“ versteht und garantiert, wandten wir uns an die Institutionen dieser Stadt über die Vermittlung der Institution Kirche. In zwei Wochen konnte man uns nichts als vage Möglichkeiten offerieren.“

In dieser Zeit wohnten die Kommune III in der Wohnung, die eine Wohnung besaßen. Nicht lange, dann mußten sie auch hier ausziehen: Der Wohnungsinhaber (in diesem Fall die Neuland AG).

In dieser Zeit fand man auch in der Bäckergasse (am Rothenfelder Markt) ein leerstehendes Haus, das sich aber in befalligen Zustand befand. „Wir haben uns bereit erklärt, dieses Haus zu renovieren und wieder bewohnbar zu machen.“ Wir wurden mehrere Male von den zuständigen Stellen der Stadt vertrieben. Bis heute hat sich nichts geändert“, erzählte ein Kommune III-Mitglied.

Die Konsequenz war die Hausbesetzung. Am Freitagabend gegen 20 Uhr wurde ein Schloß eingeschlagen, die Besetzer drangen in das Pastorenhaus ein und schloßen - weil verriegelt - eine Tür zerschlagen. „Bei uns stand aber von Anfang an fest, daß wir für jeglichen entstehenden Schaden aufkommen.“

Pastor Münsberg, Pastor Arnold Ehlers und Superintendent Volkhard Schwietzer wurden am gleichen Abend informiert. Sie teilten von vornherein eine faire Haltung und ließen die schon zum Einsatz herbeigeholte Polizei wieder zurückgehen. In einem ersten Gespräch einigte man sich, am nächsten Tag zusammenzutreten und zu verhandeln.

● Sonnabend, 9.20 Uhr: Die Kirchenvorsteher, zu denen noch Pastor Klebs gekommen ist, verhandeln mit einer Vorpuppe der Besetzer im Gemeinderat der Kreuzkirche.

● Sonnabend, 10 Uhr: Zwischenzeitlich ist Jugendamtsleiter Siegfried Schuster und Fürsorger Reinhold Möller an der Kreuzkirche eingetroffen. Schuster zur Situation: „Wir sind bereit zu überlegen. Ob wir helfen können, weiß ich nicht.“ Zusammen mit den Besetzern verhandeln jetzt die Vertreter der Stadt und der Kirche.

● Sonnabend, 11.15 Uhr: Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Das Ergebnis lautet: Die Kommune III bleiben bis zum 29. Mai in der leerstehenden Pastorenwohnung, Pastor Ehlers: „Wir haben keine Erlaubnis zum Wohnen ausgesprochen. Wir werden lediglich nichts dagegen unternehmen.“

Weitere Auflagen werden gemacht: Die Gruppe darf sich nicht vergrößern, eine Namensliste wird angefertigt, die Gruppe bekommt den Hausschlüssel. Schließlich soll jegliche Agitation unterbunden werden. Als erstes entließen die Hausbesetzer die Transparenzfenster von der Front des Hauses.



Erste Einigung: Jegliche Agitation wird eingestellt. Man entfernt die Transparenzfenster von der Frontseite des Hauses.

Im Ansatz gut

Die Hausbesetzung an der Kreuzkirche hat gezeigt, daß es bei solchen Anlässen auch ohne Polizeieinsatz, ohne Gewalt geht. Die Bereitschaft zum Kompromiß sowie wohlüberlegtes Handeln prägen die Vorgänge am Sonnabend; zum Wohle beider Seiten.

Das Verhalten der Besetzer ist keineswegs legal, ist gegen das Gesetz. Letztlich ist es aber nur ein - wenn auch schlechter - Ausweg aus dem Dilemma, in dem sich die vier Hauptprobleme befinden. Sie haben den besten Willen gezeigt, jegliche Arbeit anzunehmen, um überhaupt leben zu können, um zu existieren.

Und dieser Wille wurde nicht anerkannt. Wieder wurden Vorurteile geschürt, wieder waren Uneinsichtigkeit und Unwillen kennzeich-

nend. In diesem Fall hat die... aber gezeigt, daß die Kirche... „Eskalation der Kriminallösung“, wie es Pastor Ehlers... ist für zehn Tage vermeiden...“

Den augenblicklichen Zustand kann die Kirche aber nicht länger als bis zum 29. Mai aufrechterhalten. Bis dahin will sie sich in Verhandlungen mit der Stadt Wolfsburg bemühen. Arbeitsplätze und Wohnraum zu schaffen. Ob dieses Unterfangen gelingt, soll dahingestellt bleiben.

Aber: Eine - für die Gruppe - befriedigende Lösung muß gefunden werden. Andernfalls verliert das so schöne Wort „Resozialisierung“ jeglichen Wert. Und die Institutionen, die vorgeben, Resozialisierung zu betreiben, müssen jetzt diese Lösung finden.

Andreas Lubkowitz



In dem weitläufigen Haus, das seit etwa einem Jahr leer steht, haben sich die Mitglieder der Kommune III niedergelassen. Decken und Matratzen bilden ihre Liegestühle.



Polizei bei BMW:

Krach zwischen Gastarbeitern und Firma

Zu einem Zwischenfall kam es gestern in einem BMW-Wohnheim: Nach Angaben der Polizei sollten fünf bei den BMW-Werken angestellte Gastarbeiter entlassen werden, was den gleichzeitigen Verlust des Wohnrechts im BMW-Heim an der Kantstraße für sie bedeutete. Die Gastarbeiter weigerten sich jedoch nach Auskunft der Polizei und drohten dem Heimleiter und der Werkschutzleitung, sie würden ihnen „die Zähne einschlagen“. Ein Italiener, der sich sträubte, seine Personalpapiere abzuholen, habe schließlich gedroht, eine Bombe zu legen. Auf den Alarm der Werkschutzleitung hin rückten dreißig Polizisten an und nahmen den angeblichen Bombendroher und einen Kollegen fest. Die BMW-Pressestelle verweigerte auf Anfrage jede Stellungnahme zu den Vorgängen.

Wie aus Kreisen der betroffenen Arbeiter zu erfahren war, haben die Vorfälle eine längere Vorgeschichte: Bereits vor einer Woche hat eine Gruppe italienischer Gastarbeiter ein Schreiben an die Betriebsleitung gerichtet, in dem unter anderem höherer Lohn, längere Pausen und die Zurücksetzung des Akkords gefordert wurden. Besonders durch dauerndes „Herumschieben“ innerhalb des Betriebes fühlten sie sich gegenüber den deutschen Arbeitern benachteiligt. Als die Betriebsleitung auf das Schreiben nicht reagierte, seien am Montag Flugblätter in allen Sprachen verteilt und vereinzelt die Arbeit nie-

dergelegt worden. In zwei Hallen hätten 2000 Leute eineinhalb Stunden nicht gearbeitet. Nach Angaben der Arbeiter sollen Leute des Werkschutzes auf einzelne Arbeiter eingeschlagen und diese zurückgeschlagen haben. Schließlich seien die Hauptaktivisten von der Werksleitung aufgefordert worden, „ihre Papiere abzuholen“.

rhy/bb



Brief von Arnold Poll

lieber bruder,

wenn man hier anträge schreibt um verlegung unter menschlicheren umständen, bekommt man darauf eine genaue antwort. der anstaltsleiter stürmt die zelle, natürlich wenn man gerade in der freistunde ist, das stürmen kann man so rauskriegen, daß man am ende alle sachen vom boden auflesen muß, reißt dazu alles von den wänden, sodaß man sich gleich wieder in einem wohnklo befindet, nimmt wahllos gegenstände aus der zelle, so wie etwa einen vergrößerungsspiegel. das ist also nicht nur die antwort auf anträge schreiben, wie das ja noch manche laute raten, sondern auch darauf auf die besondere unterstützung von draußen, worauf er bei normalen gefangenen nicht mit dieser attacke reagieren braucht. die haben ja nichts und sollen auch nicht auf den gedanken kommen, was haben zu wollen. gleichzeitig reduziert er meine bücherzahl, was ihm auch nicht passt soviel bücher, auch noch nutzen wollen. die knaststunden. schließlich nimmt er mir ein foto von marianne weg, worauf er sagt, daß sie die ensslin und nach der würde gefahndet, worauf ich, daß sei die herzog und die säße

im loch, das kümmert ihn aber wenig. facit: der anstaltsleiter reagiert auf anträge mit unterdrückung, weil ja immer noch was wegzunehmen ist. es könnte ja noch ganz anders aussehen, wenn ich also demnach nicht völlig die frasse halte, kann ich mich auf was gefaßt machen. das sind seine inhalte, so geht er auf inhalte ein, indem er sie unterdrückt. so war ein antrag, jan geld von meinem konto auf das seine zu übertragen, worauf er sagt, er überweist nicht irgendwelchen leuten geld. dann gabs da noch die anfrage was mit meinem geld, 650 eier, die vater mir schickte um den tritt an der darme wiederzutunmachen, nun eigentlich sei, zu wessen verfügung es nun stände und ob man nicht gefälligst eine quittung darüber ausstellen wolle. ich wußte nämlich garnicht, daß es da war, das hörte ich durch einen anwalt. solange sie noch einkaufen haben, dürfte sie doch nichts weiter interessieren, war da die antwort. was machte gegen so einen, einem der nur zu genau weiß, wen er vor sich hat, und wehe man ist nicht freundlich, dann nimmt er erneut was aus der zelle. das ist man,

liebhaber, tyrann, chlef alles in einer person, also ein perfektes überich. auch für sich selber, das funktioniert hier prima mit dem typ bei den frauen. abschließend

wird dann immer gesagt, daß er mich hier ja gar nicht wolle. also raus aus dem laden. die letzten stunden ging ich hier auf zehenspitzen, überhaupt hat der coup bei mir voll gelandet, aber damit ist nun wirklich keiner mehr allein. was ich hier mitkriegte, war ein teil des ganzen, nämlich am späten donnerstag landeten hier bgs hubschrauber und dar begleitet schutz drohte während dessen seine runden. jan ist hier, und der anstaltsleiter ist noch besserer laune. abwarten bleibt hier für mich garnichts, weil ich eben nicht aus dieser zelle kommen und ein entsprechendes plätzchen werden die für jan auch gefunden haben. ansonsten kann ich keine zeitungen mehr sehen, insbesondere die nun anlaufenden fortsetzungsgeschichten die alle auf eine lebenslange strafe hinzielen und vorbereiten. machen, machen. die lebenslängliche neben mit sagt, die 25 jahre würde sie nicht nochmal machen, sie hat sie aber gemacht. das meiste hier, es gibt leute, die mir selbstmordgedanken nachsagen, ohne das ich die überhaupt kenne. das heißt wohl, dieser vollzug läuft eindeutig darauf hinaus, manfred schreibt dazu: einen boogie tanzen und das solange es geht. der bäcker hat die gemeinschaft tatsächlich damit erreicht, daß er sich die pulsgadern afschnitt, aber anscheinend trauern mir die das

nicht zu, in der männerstation; wo ich war, lagen ja sämtliche bestecks auf den fluren, da schlucken die abwechselnd rassierklingen und gabeln, mal auch gemeinsam, um dieses oder jenes zu erreichen. das ist wohl wirklich die einzige methode! ich glaube, ließe mich der haft-richter aus der einzelhaft, das wäre ganz schön schwierig hier für die bonzen. überhaupt nach dieser prima durchführung würde ich schon von seiten der anstalt die ganze strafzeit in einzelhaft sitzen. du hältst das sicherlich nicht für möglich, aber hier wird das möglich gemacht. das ist ein robustes vieh. ich habe jetzt auch deine seale bekommen und alles andere was auf dem zettel stand. dafür hat es auch reichlich gedauert. meine bücher werde ich verwickeln soweit ich alle adressen weiß. ich habe außerdem an elfo einen brief geschrieben und ihr klar gemacht, daß es für sie möglich sein wird, andrea zu besuchen. außer ihr und seiner oberbyrischen mütter werden sie keinen reinlassen. meine briefe klingen so harmlos, dabei ist bei mir echt die hölle los. schick mir ein paar schöne plakate, die brauch ich jetzt und bilder marianne, auch wenn sie noch so groß sind, ich konnte keine ähnlichkeit erkennen, du? schweester

Bericht aus dem Knast Lehtsch.



monika und briggitte sind in der u-haftabteilung, irene und eva in der für strafgefängene. die situation wird dadurch bestimmt, daß vor kurzem die kantstrasse in die lehrter umgezogen ist; d.h. die jugendlichen straftraf und alle u-gefangenen. für die alteingesessenen in der lehrter war das ein ganz schöner schock, lärm, unruhe, volles haus, was ungewöhnliches, ungewohntes, eine s t r u n g, die reaktionen waren entsprechend. inzwischen hat sich die aufregung gegeben, der alltag ödet wieder und bei denen, die umgezogen sind, fängt die knastmaschine auch langsam zu laufen an. die genossinnen machen neue erfahrungen seit sie in der lehrter sind, die isolation ist aufgehoben, freistunde zu mehreren, möglichkeiten bei verschiedenen gruppen mitzumachen, sie haben sich erst mal für alles erreichbar gemeldet und wollen rauskriegen was wo läuft. bisher gibt es außer freistunde und manchmal gemeinsames fresehen solche sachen ja nicht. für die genossinnen ist wichtig, daß sie da auch mal mit anderen zusammenkommen, bisher waren das im-

mer die selben freistunde und fernsehen) und zur hälfte u-zur hälfte strafgefängene. bei der anderen gruppe sind vielmehr jüngere gefangene und solche, die schon lange drin sind oder noch bleiben werden. aber auch jetzt ist es schon sicher, daß die genossinnen nicht mit jugendlichen gefangenen zusammenkommen werden, mit jugendlichen straftraf sowieso nicht, aber auch kaum mit denjenigen, die in u-haft sind. die liegen völlig getrennt von ihnen über ihnen auf einer anderen station und sind objekt der bemühungen einiger wachtein ihnen ihre (der wachtein) vorstellungen von erziehung nahezubringen. dabei können die genossinnen nur stören. dementsprechend haben sie zwei mädchen die über ihnen liegen und zu denen sie ganz guten kontakt hatten, schnell verlegt. seitdem ist über ihnen fast alles frei, eine von den tanten, die übermutterin für u-haft und jugendliche kam extra zu den genossinnen rein, überströmend von höflichkeit, mitgefühl und einsicht: sie möchten doch aber bitte die jugendlichen in ruhe lassen(!), die hätten genug probleme, sie würden sie nur zusätzlich mit welchen belasten

mit denen sie gar nicht fertig wurden, mit politischen(!). die leiter ging noch eine weile in der richtung weiter, kommentar überflüssig, diese tour ist natürlich viel gefährlicher als offene repression, mit der sie den genossinnen noch nicht gekommen sind und die sie bei ihnen offenbar auch peinlichst zu vermeiden suchen. bei den jugendlichen wenden sie beides - je nach bedarf - an, und wenn ihre kleinen sadismen (arme verdrehen, haare ausreißen) nicht mehr ausreichen, dann werden die bullen geholt, dann sind auch dauernd zellen- und taschenkontrollen und dauernd wird mit bunker gedroht. bei den erwachsenen u-gefangenen ist offene repression selten, meistens reichen schon drohungen oder diffamierungen, stichelereien, die darauf zielen, neid, haß, mißtrauen und wut gegen die anderen zu erzeugen. das muß aber bei den straftraf noch viel schlimmer sein auch wirksamer, weil die untereinander und mit den wachtein viel häufiger zudammen sind, da besteht mehr reibfläche. speziell den genossinnen gegenüber ist die taktik: freundlich, nachgiebig, soweit irgend möglich, vermeidung von konfrontat-

tionen, konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen und sie von dort, wo welche entstanden sind, zu isolieren. (grundsätzlich ist das auch die taktik den anderen u-gefangenen gegenüber, aber bei den genossinnen ist die reizschelle, der punkt, bis zu dem sie nachgeben, viel höher. sie drohen fast nie, vernichten fast nie; bei den anderen kommt das häufig vor. die genossinnen kriegen das allerdings nie voll mit, immer nur am rande oder wenn jemand die gelegenheit hat ihnen davon zu erzählen, wobei sie auch nie ganz sicher sind, was nun wirklich stimmt. agitation, zumindest in anfängen, ist möglich, es läuft nur über jeweils einzelne und ihre individuelle scheiße. wie wirksam das ist, ob fortschritte, veränderungen erreicht werden können, kann man jetzt noch nicht sagen; die zeit ist zu kurz und die erfahrung zu gering. (soll nur versuch eines situationsberichts sein)

Genossen + Genossinnen!
Wenn bei Euch Hausdurchsuchungen waren, meldet das der Roten Hilfe!!!!

Knastothek

- 85 Nürnberg, Bärenbachstr. 86
Willy Pieroch
- 65 Mainz, Dieter v. Leenburgerstr. 2
Marianne Herzog (Post an sie: obige Anschrift mit Zusatz: BGH 75 Karlsruhe, Ermittlungsrichter Budenberg)
- 4 Düsseldorf, Uinenstr. 95
Manfred Schoft, Heinrich Jansen, Andrea Baader (Post für die beiden letzteren: 75 Karlsruhe, Postfach 1661)
- 2 Bamberg 36, Holstenplatz 3-5, U-haft
Verner Hoppe, Margrit Schiller, Wolfgang Grundmann, Manfred Orasch
- 2 Norderstedt 2, Gleisvor, Gefängnis
René Heuges
- 48 Bielefeld, Postfach 220
Till Meyer
- 324 Wolfenbüttel, Am Ziegenmarkt 10
Rudi Bunkowski
- 3 Hannover, Schulenburglandstr. 145
Bernd Morosow, Harry Eisemann (Post an Bernd: 32 Hildesheim, Landgericht, 3. Strafkammer)
- 2848 Vechta, Postfach 1403
Ilse Bogarts, Käthe Schulz
- 43 Essen, Kraewahlstr. 59
Gudrun Essalin
- SPK Heidelberg
767 Schwabtsch GÜnd, Frauenhaftanstalt Gotteszell, Herlikoferstr. 19
Carmen Roll
- 755 Rastatt, Hildestr. 17
Wolfgang Huber
- 758 Bühl/Rhein, Hauptstr. 94
Ursel Huber
- Post an die Genossen: Staatsanwaltschaft, 75 Karlsruhe, BGH z.Bd. Oberstaatsanwalt Frank
- 666 Zweibrücken, Joachim Schwebelstr. 33
Larry Jackson, Charles Corley, Roy Lee
- 4630 Bochum, Krümede 3
Holger Meins
- 85 Nürnberg, Bärenbachstr. 39
Dieter Ziske, Gerhard Zaviszewski, Gerhard Knuth, Hilmar Buddee
- Jugendstrafanstalt Pilsensee, 1 Berlin 13, Beckerdamm 16
Hans-Jürgen Donth
- Untersuchungsgefängnis Moabit, 1 Berlin 21, Alt Moabit 12a
Alfred Hüblender, Horst Mahler, Hans Kallup, Dieter Kunzelmann, Klaus Hoppstädter, Michael Kipp, Joachim Tiedtke, Eric Crusader, Hans-Jürgen Becker, Bernhard Braun, Helmut Schubert, Irene Georgens, Brigitte Asdonk, Monika Herberich, Helmut Janssen
- Frauenhaftanstalt, 1 Berlin 21, Lehrterstr. 61
Brigitte Mohnhaupt
- 8 München 90, Stadelheimerstr. 12
Richard Freindl, Edmund Bach,
- 8 München 90, Stadelheimerstr. 12
Peter Schult, Aläis Aschenbrenner, Sigfried Becker
- 8602 Ebrach, Jugendstrafanstalt
Richard Freindl, Edmund Bach, Roland Otto, Karl-Heinz Kuhn, Helmut Heiland
- 891 Landsberg, Hindenburgring 12
Rolf-Jürgen Hauer
- 8214 Bernau, Postfach 23/5509
Eggar Wolk
- 844 Schraubing, Außere Passauerstr. 90
Aenne Schoof, Rolf Poble
- 89 Augsburg, Karmelitenstrasse 12
Rolf Heißler
- 8890 Aichach, Schlossplatz 7
Margarit Czernki
- 7 Stuttgart-Scammheim, Aspergstr. 60
Helmut Pohl
- 84 Koblenz, Simmernstr. 14a
Kärl Gaiser, Inge Viet, Harald Sommerfeld, Wolfgang Knupp, Ulrich Schmücker
- 3 Köln 30, Rochusstr. 350
Astrid Proll, Jan Carl Raspe
- 68 Mannheim, Herzogenriedstr. 111
Ulrich R. Luther

eigendruck im selbstverlag 19.6.72
rote hilfe westberlin
1000 bln. 21 stephanstr. 60
Spendenkonto: R. Fink-Sonderkto.
PS 33 76 37
Verantwortlich: Richard Fechner

rote hilfe sonder info

PROZESS GEGEN ZWEI GENOSSEN!

das berliner landgericht rechnet seit dem 8. juni wieder einmal mit der antiautoritären revolte ab. seit einem bzw. eineinhalb jahren werden alfred mährländer und hilmar buddee unter verschärften bedingungen in u-haft gehalten und jetzt angeklagt. die anklage stützt sich, wie schon in anderen prozessen der letzten zeit (kunzelmann, belastet von annekatriin bruhn = 9 jahre 1 monat/amerika-haus-prozeß, renete sami, ulrich fischer + karl-heinz wierzejewski belastet von hella maher = 1 jahr gefängnis) auf die von staatsanwalt thiele und amtsgerichtsrätin reischbach erpressten aussagen der beiden rauschgiftsüchtigen mädchen. die funktion dieser "zeugenaussagen" werden wir im zusammenhang mit einem genauen prozeßbericht in einem der nächsten infos analysieren.

zusammen mit anderen genossen, darunter dem ermordeten georg von rauch und dem kürzlich verhafteten bernhard braun, sollen alfred mährländer und hilmar buddee im april 1970, drei brandanschläge gemacht haben: anfang april scheiterte ein angriff mit molotow-cocktails auf das harnack-haus in dahlem. dem offiziersclub der amerikanischen armee in berlin. am 27. april warf ein "kommando max hölz" molotow-cocktails in die bank für gemeinwirtschaft am schillertheater und in der gleichen nacht wurde ins berliner kammergericht eingestiegen und im amtszimmer des prääsidenten feuer gelegt. es entstand ein schaden von über 100 000 dm und vor dem gericht fand die polizei ein plakat "befreit bommi" (bommi = michael baumann befand sich damals in u-haft, weil die polizei ihm einige sprengstoffanschläge anhängen wollte). einige tage später tauchten in berlin anonyme flugblätter auf: "heute verteidigen wir uns, bald greifen wir an und werden langandauernd kämpfen!".

wir hatten schon anlässlich des kunzelmann-prozesses darauf hingewiesen, daß mit der nachträglichen verfälschung der antiautoritären revolutionären bewegung zu einer kleinbürgerlichen studentenbewegung unsere eigene geschichte verdrängt wird und zugleich eine vielzahl von genossen als anarchisten etikettiert und isoliert werden. deshalb scheint es uns notwendig zu sein, kurz auf den hintergrund der anschläge einzugehen.

ende 1969 zerfiel die studentenbewegung in zahlreiche gruppen. die amnestie für demonstrationsdelikte nach dem wahl-sieg der sdp beschleunigte diesen zerfall, denn viele genossen waren noch einmal davongekommen und kehrten in die unis zurück. in dieser zeit entstanden auch die ersten ML-gruppen und liquidierten undialektisch die gesamten inhalte der studentenbewegung. so wurden auch deren progressive elemente zerstört: der internationalismus wurde durch einseitige orientierung am deutschen proletariat ersetzt, spontanität und aktion durch rigide parteidisziplin und schulung. die aktionseinheit aller im kampfe machte einer konkurrenz um abstrakte führungsansprüche platz. die verankerung im proletariat dieser gruppen verfrug sich nicht mit einer weiterführung des kampfes gegen den staatsapparat. so warnte die KPD-aufbauorganisation anlässlich des ersten mahler-prozesses vor "spontanismus" und forderte den aufbau der partei des proletariats als adäquate antwort an die herrschende klasse.



diese politische kastration der bewegung zu durchbrechen war unter anderem das ziel zahlreicher brand- und bombenanschläge in den folgenden monaten. die kommandos wollten die linke auf den richtigen weg zurück bringen, der zunehmenden dogmatisierung und praxislosigkeit der parteiaufbauorganisationen die aktualität des kampfes entgegensetzen. in diesem zusammenhang sind auch die anschläge zu sehen, die die gegenseite jetzt alfred mährländer und hilmar buddee anhängen will. mit den brandanschlägen sollten die ziele des kampfes der linken wieder sichtbar werden: klassenjustiz (kammergericht), kapital (bank am schillertheater) und US-imperialismus. dieser kampfe sollte nicht auf dem papier begründet werden, er sollte vielmehr wieder geführt werden.

der staatsapparat illegalisierte in der folgezeit viele genossen und steckt sie heute auf grund von erpressten aussagen für jahre in den knast. die gegenseite hat diese phase der bewegung nicht vergessen - im gegensatz zu vielen genossen, die die terrorurteile teilnahmslos zur kenntnis nehmen oder zynisch kommentieren. dazu meinten wir schon einmal, daß die meisten organisationen ihren stalinismus derart verinnerlicht haben, daß sie nur solidarisch sein können, wenn das objekt der solidarität auf der richtigen parteilinie liegt. genossen!

es geht nicht um die identifikation mit einer politischen praxis von vor zwei jahren. es geht darum, die auseinandersetzung mit unserer geschichte nicht der klassenjustiz zu überlassen, die exemplarisch genossen herausgreift und fertigmacht. es geht um die solidarität gegen den gemeinsamen feind!!!

ERKLÄRUNG VON HILMAR BUDDEE VOR GERICHT AM 8.6.

«Obwohl ich das Kriminalgericht nicht angesteckt habe, kann ich es mir nicht gestatten in irgendeiner Form mit dieser Justiz zusammenzuarbeiten. Mit einer Justiz, die den Mörder von Benno Ohnesorg freispricht und den Genossen Kunzelmann für nichts als seine politische Überzeugung zu über 9 Jahren Knast verurteilt, mit einer Justiz, die die Pistolenschwingenden Mörder von Petra, Georg, Tommy und des Lehrlings Epple deckt und dann diejenigen, die sich gegen diesen Terror zur Wehr setzen mit hohen Freiheitsstrafen belegt, mit einer Justiz, die die Bullen, die jemanden brutal zusammenschlagen nicht belangt, dafür aber die zusammenschlagen zu paar Jahren Knast verurteilt, weil sie es gewagt haben, diese Bullen anzuzeigen wie z.B. Johann Heinrich v. Rauch es ergangen ist, mit einer Justiz, die allgemein nach harter Strafe schreit, sich aber von Wirtschaftsverbrechern, die das Volk schädigen, in skrupelloser Manier bestechen läßt, mit dem Ziel der Verfahrenseinstellung, wie es nun zufällig in Hamburg ans Tageslicht gekommen ist, mit einer Justiz, die dem Mörder von Georg 3 Tage zeit gibt, damit gemeinsam eine Ausrede gefunden wird, die aber Leute, die Genossen belasten sollen mit allen Methoden, druch Drogen, Erpressung und Bestechung, bearbeiten, bis sie dann, zwar um dem Druck zu entgehen, sich belastende Aussagen ausdenken, dafür aber hinterher psychisch völlig zerstört sind, wie die ehemalige Arbeiterin Annekatriin Bruhn, die nun als Prostituierte ihr Leben fristet und wie Hella Maher, die sich nun langsam zu tode fixt, mit einer Justiz, die ihr verbrecherisches Mitglied, den Blutrichter Rhese, freispricht, aber Karl Pawla wegen Beleidigung der Justiz zu 10 Monaten Knast verurteilt, mit einer Justiz, die die Bullen Salzwedel, Dallwitz und viele andere wild und mörderisch drauflosschießen läßt und dann deren Opfer des Mordversuchs bezichtigt, darf man nicht zusammenarbeiten, mit einer Justiz, die bei NS-verfahren die des zigfachen Mordes angeklagten frei rumlaufen läßt und wie in Hamburg, nun schon zum öffentlichen Skandal geworden, die Verfahren solange verzögert, bis eine Verurteilung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmöglich ist, die aber bei Genossen genau umgekehrt verfährt, sie nämlich so lange wie möglich in U-haft hält, in der Hoffnung, daß sich irgendwann ein käuflicher Zeuge finden werde, die, ist dieser dann gefunden, ihm nahelegt, zu behaupten, er wäre

bei Aktionen dabei gewesen, die ihm natürlich gleichzeitig versichert, daß er für sein angebliches Geständnis nicht belangt wird, so daß diese Leute dann bis an ihr Lebensende als 'gesondert Verfolgte Zeugen' leben, mit einer Justiz, die Wasserverschmutzer, wie Bernhold und andere, die das Trinkwasser von Millionen fast ungenießbar machen, ruhig weiter verschmutzen läßt, aber einer Stripteasetänzerin, die niemanden schadet, die bürgerlichen Rechte abspricht, wie es unlängst ein Arbeitsgericht in Westdeutschland getan hat, mit einer Justiz, die den an nazionalsozialistischen Untaten beteiligten Firks/ nicht belangt, aber den, der dieses der Öffentlichkeit kundtut, bestraft, mit einer Justiz, die faschistische 'law and order' Schriften in den Gefängnissen für durchaus lesenswert hält, die aber linke, ja selbst liberale Literatur für mit der Ordnung der Anstalt unvereinbar hält, kann man nicht zusammenarbeiten. So hat sich der Vorsitzende dieses Gerichts nicht entblödet, das Buch eines Redaktuers der Süddeutschen Zeitung, erschienen im Verlag der SZ, zu beanstanden. Juristische Zeitschriften, die kritisch das Gebahren der Justiz und der Exekutive dokumentieren sind selbstverständlich auch nicht mit der Ordnung der U-haftanstalten vereinbar. Selbst das offizielle Organ des Süddeutschen Referendarverbandes darf in der U-haftanstalt Moabit nicht gelesen werden. Mit einer Justiz, die nicht vorgeht gegen diejenigen, die die Genossin Carmen Roll einer lebensgefährlichen Zwangsbetäubung mit Äther unterzogen, sondern gegen deren Anwälte, die pflichtgemäß gegen dieses rechtswidrige Vorgehen protestiert haben, die nicht vorgeht gegen diejenigen, die die Genossin Margrit Schiller wie ein Stück Beutewieh zwangsweise dem Fernsehen vorführten, sondern den Arbeiter, der in gerechter Empörung dagegen protestierte, verurteilt, mit einer Justiz, die nicht gegen die vorgeht, die mit brutaler Gewalt Streikbrechern Einlaß in bestreikte Unternehmen verschaffen, sondern die gegen die Gewerkschaft, die ihr Recht auf Streik wahrnimmt, Prozesse führt, mit einer Justiz also, die generell die Interessen der Feinde des Volkes schützt und verteidigt, und die nur arbeitet gegen die Vertreter des Volkes oder die Opfer des brutalen Systems, nie aber gegen die Profiteure des Systems, mit dieser Justiz also ist eine Zusammenarbeit, wie auch immer geartet, nicht gestattet.»

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

FREIHEIT FÜR

ALFRED + HILMAR!



am 29.6. wurde das Urteil gesprochen: Freispruch für Nabelhänder, 3 Jahre u. 10 Monate für Buddee. Darin enthalten sind die 2 Jahre, die er für den Anschlag auf die Bank für Gemeinwirtschaft schon bekommen hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte 4 Jahre f. Nabelhänder u. 5 Jahre f. Buddee beantragt.

eigendruck im selbstverlag 12.6.72

verantwortlich: rote hilfe westberlin, 1 berlin 21, stephanstr. 60